

Untersuchungsausschuss Zukunftsmuseum

SPD-Kurzzusammenfassung des Minderheitenberichts

Zeugenvernehmungen und Aktenstudium haben ergeben, dass Markus Söder zum finanziellen Schaden Bayerns ein persönliches Prestigeprojekt an allen Regeln vorbei durchgedrückt hat. Von der überhöhten Miete profitiert ein CSU-Spender.

1. Mangelhafte Ressortabstimmung sowie Verletzung von Ressortzuständigkeiten

Der damalige Finanzminister Söder und sein Ministerium haben die Federführung für das Projekt übernommen, obwohl die Ressortzuständigkeit für das Deutsche Museum beim Wissenschaftsministerium lag. Selbst bei kurz vor Anmeldung des Projekts im Kabinett war das zuständige Ministerium nicht informiert.

2. Nichtwahrnehmen von Verantwortung (z.B. verweigerte Rechtsaufsicht)

Trotz ausdrücklicher Bitte des Deutschen Museums hat das Wissenschaftsministerium eine rechtsaufsichtliche Prüfung des Mietvertrages verweigert, und zwar mit Hinweis auf das Finanzministerium, welches in die Verhandlungen involviert war.

3. Verletzung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Die Miete in Höhe von 232.000 Euro pro Monat ist zu hoch. Sowohl der ORH als auch ein unabhängiger Sachverständiger sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Freistaat Bayern, der die Kosten übernehmen muss, hier eine sehr hohe Miete bezahlt.

4. Standortauswahlprozess und verfrühte Standortverkündung

Der Standortauswahlprozess war intransparent. Der favorisierte Standort Aufseßplatz kam nicht zum Zug, weil Markus Söder den Augustinerhof präferierte. Dass Markus Söder den Standort vor Abschluss eines Mietvertrages verkündet hat, hat die Verhandlungsposition massiv geschwächt und zu einem vermietetfreundlichen Mietvertrag geführt.

5. Kostenexplosion

Die Kosten sind extrem explodiert. War zu Beginn von einer Anschubfinanzierung in Höhe von 8 Mio Euro für den Freistaat die Rede, summieren sich die Kosten für den Freistaat inzwischen auf 200 Mio Euro. Die Staatsregierung hat dem Deutschen Museum einen Blankoscheck ausgestellt, indem sie sämtliche Kosten – egal in welcher Höhe – für 25 Jahre übernimmt. Diese erschreckende Entwicklung hat sogar dazu geführt, dass im Kabinett ein Beschluss gefasst wurde, in dem zu Transparenz und Kostenklarheit ermahnt wurde. Maßgeblich zur Kostenexplosion hat eine vom Vermieter initiierte Flächenerweiterung beigetragen, für die das Deutsche Museum gar keinen Bedarf angemeldet hatte.

6. Spenden

Die CSU verweigert eine vollständige Aufklärung. Es steht fest, dass seitens des Vermieters mehr Spenden geflossen sind als vor dem Untersuchungsausschuss bekannt war. Es wurden auch Beträge unterhalb der Veröffentlichungsgrenze gespendet. Ob ein Zusammenhang zwischen Mietvertrag und Spenden besteht, kann nur durch die Vorlage sämtlicher Unterlagen aufgeklärt werden. Sowohl die CSU als auch der Vermieter haben die Vorlage verweigert.